

Pöfener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Verkaufs- und Abonnement-
stellen:
In Berlin: Hamburg,
Breslau, München, St. Gallen,
Köln, Leipzig, Frankfurt a. M.,
Hannover, Wien u. d. Schweiz.
In Berlin:
J. Neumann, Neudammstr.;
in Breslau: Emil Kahlert.

Nr. 494.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Pöfen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen
Reiches an.

Sonnabend, 18. Juli.
(Erscheint täglich drei Mal.)

Preis 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu richten und werden für die am folgenden
Morgen 8 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr
Nachmittags angenommen.

1874.

Amtliches.

Berlin, 17. Juli. Der König hat den Regierungsrath Kassel zu Pöfen zum Ober-Regierungsrath und Reg.-Abth.-Dirig. ernannt; sowie den Bauinspektor Wilhelm Karl Friedrich Thömer in Stettin den Charakter als Bauath verliehen.

Am Gymnasium zu Stargard i. Pomm. ist der ordentl. Lehrer Dr. Dörfler zum Oberlehrer befördert, der Rechtsanwalt und Notar Toll zu Pöfen zum 1. September d. J. in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Wriezen mit der Anweisung seines Wohnsitzes in Neustadt-Gerswalde versetzt, der Notariats-Kandidat Schwenker in Düsseldorf zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Heinsberg im Landgerichtsbezirk Aachen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wassenberg ernannt worden.

Die von den Notabeln des Handelsstandes aus dem Bezirke des Handelsger. zu Colmar getroffenen Wahlen des Kaufmanns Edmund Fleischhauer in Colmar zum Präsidenten, des Hutfabrikanten Mathias Chretmann und des Spinnereibesizers Leo Stöcklin in Colmar zu Richtern, des Fabrikanten Friedrich Salzmann und des Seifenfabrikanten Kaver Thomas in Colmar und des Mühlenbesizers und Getreidehändlers Johann Ruhlman in Münster zu Ergänzungsrichtern bei dem Handelsgerichte in Colmar haben die Allerhöchste Befestigung erhalten.

Telegraphische Nachrichten.

Gastein, 17. Juli. Der deutsche Kaiser hat heute Morgen sein erstes Bad genommen und machte dann einen längeren Morgenspaziergang auf dem Kaiserwege nach Rofschenthal zu. — Der frühere ägyptische Minister Rubar Pascha ist zur Kur hier anwesend.

Saar, 17. Juli. Dr. S. Heemskerck, Mitglied des Staatsraths, ist vom König mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden.

Madrid, 16. Juli. Die carlistische Abtheilung unter Marco Bello ist, wie die Regierung verbreiten läßt, vollständig geschlagen und zerstreut worden. Die von den Carlisten angegriffene Stadt Cuenca vertheidigt sich auf das Eifrigste; morgen werden Truppen zum Entsatz dahin abgehen.

Madrid, 17. Juli. Nach hier eingegangenen Nachrichten hat in Perida der Oltroiabgaben wegen ein Volksaufstand stattgefunden, bei dem mehrere Personen verwundet wurden. Die Stadt ist militärisch besetzt worden.

London, 17. Juli. Der Kronprinz des Deutschen Reichs und von Preußen hat gestern in Begleitung des Prinzen von Wales an einem Truppenmanöver in Aldershot Theil genommen. In Folge eines Zusammenstoßes mit einem Reiter stürzte das Pferd des Prinzen von Wales, der bei diesem Unfall jedoch völlig unbeschädigt blieb. — Gestern Abend waren der deutsche Kronprinz und die Kronprinzessin auf einem, ihnen zu Ehren vom Earl Granville gegebenen Diner anwesend, nachdem sie vorher den Besuch des Herzogs von Edinburgh empfangen hatten.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte Sheridan zur Sprache, daß zwei englische Unterthanen in Egypten von Arabern angegriffen worden seien, die ein Verwundet des Rhedive angeführt haben solle. Der Unterstaatssekretär im Departement des Auswärtigen, Sir R. Bourke, erklärte, letzteres sei unrichtig und seien die Schuldigen sofort vor Gericht gestellt und zur Zwangsarbeit verurtheilt worden. Von Seiten Englands könne irgend ein weiteres Verlangen an die ägyptische Regierung nicht gestellt werden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 18. Juli.

Δ Berlin, 17. Juli. Die „Germania“ glaubt die Auffassung, als ob das Verbrechen in Kissingen als eine isolirte Thatfache anzusehen sei, für ihre Kreise auch insofern zu stützen, als sie den Hinweis auf die Solidarität der ultramontanen Agitation lediglich als ein liberales oder offizielles Pressmanöver darstellt. Sie behauptet auch, der Hinweis der „Prov. Corr.“ auf zu ergreifende Maßregeln der Regierung sei lediglich eine Privatmeinung des offiziellen Blattes, von Entschließungen der Regierung könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil gar keine Minister hier seien, außer Falk. Die „Germania“ schreibt das zu einem Zeitpunkt, wo bereits in allen hiesigen Zeitungen zu lesen war, daß der Ministerrath zwei Tage hinter einander über das Attentat und seine Folgen berathen hat, daß der Vize-Präsident des Staatsministeriums seinen Urlaub hinausgeschoben, daß Minister Leonhardt von Hannover zurückgekehrt. Aber was ist ein Jesuitenblatt nicht Alles möglich! Inzwischen ist bereits bekannt geworden, daß der Justizminister alsbald ein Rundschreiben an die Staatsanwaltschaften wegen strenger Ueberwachung der ultramontanen Presse erlassen hat. Die Mittheilung ist richtig und kann noch dahin ergänzt werden, daß das Rundschreiben ausdrücklich die Wahrnehmung Bezug nimmt, daß gesetzwidrige Handlungen und selbst schwere Verbrechen, wie das in Kissingen, auf den verderblichen Einfluß der ultramontanen Agitation, namentlich auch in der Presse zurückzuführen sind. Wie ich höre, sind auf Grund der Beratungen des Staats-Ministeriums auch bereits sehr entschiedene Weisungen in Betreff der Handhabung der Vereinspolizei gegenüber den katholischen Vereinen ergangen. — Der Minister Leonhardt hat jetzt seinen Urlaub wieder angetreten. — In verschiedenen Mittheilungen über das Zusammenreffen unseres Kaisers mit dem König von Bayern ist zu lesen, daß dies die erste Begegnung der beiden Monarchen seit dem Kriege von 1870 gewesen sei. Das ist

ein Irrthum. Der König von Bayern hat den Kaiser im August 1871 auf der Durchreise nach Gastein in Scherendorf begrüßt. Der Kaiser hat zur gleichmäßigen Regelung der die Benennung von Wegen, Straßen, Plätzen und Brücken in Stadt und Land betreffenden Normen bestimmt, daß zu solcher Benennung nur dann die Allerhöchste Genehmigung zu erbiten ist, wenn die Namen auf die Person des Kaisers oder Glieder des königlichen Hauses Bezug haben. Ausgenommen sind nur die Städte Berlin, Potsdam und Charlottenburg, für welche es bei der Vorschrift des früheren Erlasses sein Bewenden behält. Im Uebrigen soll diese Benennung als Sache der Woge-Polizeibehörde behandelt werden, ohne daß es hierzu einer höheren Genehmigung weiter bedarf.

— Sehr bedenklich ist, daß, wie die „Spen. Ztg.“ mittheilen kann, auch der Kultusminister Dr. Falk in letzterer Zeit mit einer Menge von Briefen überschüttet worden ist, welche direkte Bedrohungen seiner Person und der des Fürsten Bismarck enthalten. Der „N. A. Z.“ zufolge, hat der Kultusminister zwar häufig aus Anlaß der von ihm vertretenen Kirchenpolitik Schmähe und Drohbriebe, aber gerade in den beiden letzten Monaten deren keine erhalten. — Magistrat und Stadtverordnete von Berlin haben am Dienstag folgendes Telegramm an den Reichskanzler abgefaßt:

„An des Fürsten Bismarck Durchlaucht.
Ihren großen Bürger, dem am äußersten, von ruchloser Mordhand drohender Todesgefahr erretteten Kanzler des deutschen Reichs sendet ihre innigsten Glückwünsche die Stadt Berlin.“
Magistrat. Stadtverordnete.
Dunker. Vollgold.

Der Senat zu Bremen sandte folgendes Telegramm:

„Fürst Bismarck, Kissingen.
Ew. Durchlaucht senden wir auf die Nachricht von dem durch Gottes Gnade glücklich abgewandten ruchlosen Attentat unsern innigsten Glückwunsch, welchem, wie wir überzeugt sein dürfen, unsere gesammte Bevölkerung sich anschließt.“
Der Senat.

Darauf ist am 15. d. folgende, um 7 Uhr Morgens in Kissingen aufgegebenen Erwiderung eingetroffen:

„Senat, Bremen.
Ich sage Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre freundliche Theilnahme; baldige Wiederherstellung zu hoffen.“
Bismarck.

Dem Vernehmen der „N. A. Z.“ nach hat der Präsident der französischen Republik einen direkten Glückwunsch an den Reichskanzler nach Kissingen gesandt.

— Vom 1. Juli d. J. ab ist, wie der „Staatsanz.“ mittheilt, ein Theil des Kieler Hafens als spezielles Gebiet der Kriegsmarine abgetrennt worden. Das Marinegebiet umfaßt denjenigen Theil des Kieler Hafens, welcher außerhalb einer von dem innersten Duc d'Alben bei dem Kasernenstift „Barbarossa“ nach der inneren Vertiefung des Hafens (Nr. 6) und von dort nach dem südwestlichen Punkte des fiskalischen Terrains bei Wilhelmshöhe führenden gebrochene Linie liegt, und ist dem Marinekommandanten zur Wahrung der Hafenspolizeivorschriften direkt unterstellt. Der Stationschef trifft daher alle Bestimmungen über Passiren, Anker, Lößen und Laden, sowie allgemeines seepolizeiliches Verhalten der Fahrzeuge in dem Fahrwasser des Marinegebiets, während sich in der Aufsicht über die Ufer und Landungsstellen nichts ändert und auch in allen übrigen Beziehungen die Vorschriften der Kieler Hafen- und Brückenordnung in Kraft bleiben. Die Aufsicht über das Fahrwasser des Marinegebiets führt unter dem Stationschef der Hafenkapitän der Marine.

— Der evangelische Oberkirchenrath hat folgendes Eidesformular festgestellt, welches fortan bei der Vereidigung der weltlichen Kircheneinrichtungen, welche weder zugleich Standesbeamte sind, noch ein Lehramt zu bekleiden haben, in Anwendung zu bringen ist. Hatte der Berufene in einem früheren Dienstverhältnisse schon den Staatsbeamteneid geleistet, oder war er schon früher als Lehrer eidlich verpflichtet worden, so genügt es, wenn ihm unter Hinweis auf den bereits geleisteten Diensteid nach Vorhaltung seiner Dienstobliegenheiten im Kircheneid das feierliche, durch Handschlag zu bekräftigende Versprechen treuer Pflichterfüllung abgenommen und protokollarisch fixirt wird.

Ich schwöre einen Eid zu Gott, dem Allwissenden und Heiligen, daß, nachdem ich zum . . . bei der evangelischen Gemeinde zu . . . berufen worden bin, in diesem und in jedem anderen kirchlichen Amte, zu welchem ich berufen werden möchte, ich Sr. königlichen Majestät von Preußen, meinem Allergnädigsten Herrn, und dem königlichen Hause treu und gehorham sein, das Wohl des Vaterlandes in meinem Wirkungskreise nach Kräften fördern, die Pflichten des mir anvertrauten Amtes mit Gewissenhaftigkeit erfüllen, und in meinem Wandel mich so verhalten will, wie es einem Beamten der evangelischen Kirche geziemt. Alles, so wahr mir Gott helfe, durch Jesum Christum!

— Gegen den Cigarrenmacher Georg Winter in Ottersen war, (wie früher mitgetheilt) von Schulze-Dehlich eine Privatklage in Anlaß eines vorläufigen Artikels in Nr. 146 des Berliner „Sozialdemokrat“ v. d. 1872 erhoben, welche das Kreisgericht zu Altona als unbegründet abgewiesen hatte, da W. keine Urheberschaft in Abrede gestellt hatte. Die vom Privatkläger dagegen eingelegte Berufung kam am 14. Juli bei der Berufungskammer des Appellationsgerichts zur Verhandlung, welche die Urheberschaft des Verklagten als thatsächlich festgestellt erachtete und den G. Winter wegen öffentlicher Verleumdung zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilte.

Aus Kurbessen, 15. Juli. Wie das „Frf. Z.“ meldet, hat Bismarck-Berweser Sahne jetzt auf sein am 5. Juni d. J. an den Kaiser gerichtetes Immediat-Gesuch um Freilassung der in Haft befindlichen Bischöfe und Priester ein Antwortschreiben erhalten. In demselben ist gesagt, daß der erbetene Gnaden-Akt bei der principiellen Weigerung des Klerus, die Gesetze anzuerkennen, nicht nur nicht erfolgen könne, sondern auch wirkungslos sein würde.

Stuttgart, 16. Juli. In unserer Presse mehren sich die Stimmen, welche den Wunsch des Landes ausdrücken, daß es ihm endlich vergönnt sein möge, den deutschen Kaiser als Gast unseres Reichs in der Residenz zu begrüßen, als ein sicheres Zeichen, daß der Friede unseres Reichthums mit Kaiser und Reich endgültig geschlossen und besiegelt ist. Aus dem Umstande, daß während der Anwesenheit des Kaisers auf der Mainau nicht einmal die sonst übliche flüchtige Begegnung mit dem in dem benachbarten Friedrichshafen verweilenden württembergischen Hofe stattfand, wird man keine ungünstigen Schlüsse ziehen dürfen. Offenbar besetzte sich der Kaiser diesmal einer größeren Zurückgezogenheit, als sonst. So hatte er z. B. auch der Prinzessin Louise von Preußen einen Besuch zugebracht, welche das Schloß Montfort bei Langenargern bewohnt. Es hatte sich an dem bestimmten Tage daselbst eine Menge Landvolks aus der württembergischen Umgegend eingefunden, welches, obwohl es ein ganz katholischer Landstrich ist, des verehrten Hauptes ansichtig werden wollte. Allein der Besuch war in letzter Stunde wieder abgelaßt worden. Prinzessin Louise fuhr nach der Mainau zum Besuch des Kaisers und dieser wurde durch den Großherzog und die Großherzogin von Baden auf Schloß Montfort erwidert. Man hofft überflüssig, daß der Besuch des Kaisers in Stuttgart im Laufe des Herbstes stattfinden werde.

Wien. Fürst Milan von Serbien hat den telegraphischen Meldungen zufolge Wien verlassen und sich zunächst nach Ischl an den kaiserlichen Hofhalt begeben. Ein Schwarm hunder Kombinationen folgt dem Fürsten auf seiner Reise und ganz unversehens ist die auswärtige Politik Serbiens wieder zu Ehren gekommen in der diplomatischen Welt. So angelegentlich beschäftigt man sich mit den Zielen des Gemeinwesens an der untern Donau, als hätte man es mit der Entwicklung weittragender Pläne einer weltgebietenden Macht zu thun, oder als hätte Ministerpräsident Marinovich zum mindesten den Archimedis Punkt entdeckt, von wo aus der türkische Staatsbau aus den Angeln gehoben werden kann.

Schwerlich geht man fehl — schreibt der in dieser Sache wohl unterrichtete „Wiener Lloyd“ — wenn man den nächsten Anlaß zur Reise des Fürsten in dem Mißerfolg seiner persönlichen Verhandlungen mit der hohen Pforte sucht. War es ein Akt der Selbsterlenkung, den Milan sich auferlegte, als er seiner Zeit die Fahrt nach Konstantinopel unternahm und solcher Weise vor der serbischen Nation das Abhängigkeits-Verhältnis zur Pforte demonstirte, so mußte die gänzliche Erfolglosigkeit des nur mit innerem Widerstreben unternommenen Aktes ohne Zweifel eine tiefe Verwundung im Volk nicht minder wie im Fürsten erzeugen. Natürlich ist es daher, wenn die serbischen Regierungsmänner aus aller Kraft bestrebt sind, die Scharte auszuwischen und auf anderem Wege das zu erlangen, was dem Fürsten Milan trotz des persönlichen Opfers, welches er gebracht, verweigert geblieben ist. Klein-Bzornitz, welches nachgerade das Talent zeigt, sich zu einer komischen Querelle herauszuwachsen, mag also den belgradischen Politikern abermals als Argonauten-Preis vorzuschweben. Allein, daß sie dabei an keine andere Lösung der festsitzenden Frage denken, als an diejenige, welche der Potenz des Fürstenthums und den Beziehungen der europäischen Mächte zu dieser Frage entspricht, dafür scheint die einfache Thatsache zu bürgen, daß sie sich direkt an das österreichisch-ungarische Kabinett wenden. Der Charakter der auswärtigen Politik der österreichischen Monarchie, insbesondere des Orients, liegt heute unverhüllt vor Aller Augen, und es ist sonach die Annahme nicht gestattet, daß man ihn gerade in Belgrad nicht erkannt haben sollte. Ohne Zweifel interessieren sich die europäischen Mächte aufs Lebhafte für das Wohlergehen des serbischen Volkes und wünschen sie ihm das Beste zu Gedenken; sie dürften unter Anderem auch nichts dawider einzuwenden gehabt haben, wenn es dem Sultan gefallen hätte, dem Fürsten Milan gegenüber orientalische Gastfreundschaft zu üben und ihm Klein-Bzornitz zum „Andenken“ zu verehren. Aber daß die europäischen Mächte sich Serbien zuliebe allen Ernstes wegen Klein-Bzornitz's echauffiren müssen, das scheint ein recht kindisches Verlangen zu sein. Ueberhaupt interpretirt man die Aufgabe der Garantienmächte herzlich schlecht, wenn man ihnen zumuthet, sie müssen sich platterdings um Dolmetsch aller Wünsche Serbiens gegenüber der Pforte machen. Ein Unrecht, ein Einarriff in die berechtigte Autonomie der Fürstenthümer soll und wird nicht geduldet werden; aber am Ende kann es den europäischen Mächten doch nicht recht zuemuthet werden, daß sie den Halbmond herunterholen, um die Sehnsucht der hoffnungsvollen Stämme an der untern Donau zu stillen.

Aus Paris, 16. Juli geht der „Nat. Ztg.“ folgendes Privattelegramm zu:

Der Eintritt des Finanzministers Magne hat, obgleich er unvermeidlich war, dennoch eine gewisse Sensation erregt. Die Bonapartisten sind natürlich sehr erbittert, auch in den höheren Finanzkreisen herrscht ernüchterte Verstimmlung, da man von Seiten des Nachfolgers Magne's finanzielle Experimente befürchtet. Mathieu Bellet, welcher in erster Linie als neuer Finanzminister genannt wird, ist ein angelegentliches Mitglied des rechten Zentrums und Präsident der Audakommmission, daneben ist er ein sehr reicher Advokat am Kassationshofe. Man spricht übrigens auch von Deseillignys, welcher bereits als Minister Mac Mahons funktirte. Der Artikel des „Journal des Debats“ über das gegen den Fürsten Bismarck verübte Attentat überbietet alle bisherigen Kommentare. Derselbe schließt einfach damit, Fürst Bismarck ernte, was er gesät habe.

Verfaillies, 15. Juli. [Nationalversammlung.] Die Diskussion über die finanziellen Geseze wurde fortgesetzt. Wolowski kam zuerst auf die getrigte Diskussion zurück, um dagegen zu protestiren, daß Magne gestern gesagt, es sei nicht ebrlich, Verträge nicht halten zu wollen. Die Kommission habe nichts vorgeschlagen, was nicht ebrlich sei. Magne erwidert, daß er weder von Wolowski, noch von Ehrlichkeit gesprochen; aber man habe gesagt, daß die Politik in die Steuerfrage gerathen sei, und er nicht hoffen könne, systematische Gegner zu befehren (Lärm links). — Präsident Buffet verlangt Ruhe. — Magne: Ich weiß wohl, daß die Angriffe gegen mein Portefeuille gerichtet sind, während ich mein Portefeuille nicht verteidige. Ich begreife diese Herren Republikaner nicht. . . (Durchdringender Lärm links. Tumult.) Ich glaube, daß man so, unter einer Republik ein regelmäßiges und sich im Gleichgewicht befindendes Budget haben könne. (Neuer Lärm links. Man verlangt den Ordnungsruf.) — Wolowski protestirt gegen die letzten Worte Magne's. Der Minister habe gesagt, er verteidige die finanzielle Redlichkeit. Solche Worte seien nicht zulässig. Im Munde des Herrn Magne müßten sie um so mehr Erkannnen erregen, als er 1860 dem Kaiser vorgeschlagen habe, den Amortisationsfonds anzugreifen, auf welchen die Rentenbesitzer gezahlt. Nach einer solchen Handlung sei es fessam, daß Herr Magne noch von finanzieller Redlichkeit

zu sprechen wage. — Magne meint, es stehe ihm nicht zu, von den Finanzen des Kaiserreichs zu sprechen, aber er müsse gehen, daß Herr Tolain und seine Freunde es schwer machen, ein Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Aber ich komme auf Herrn Wolowski zurück. Ich behaupte, daß es mir erlaubt war, zu sagen, daß, indem ich den Kontrakt mit der Bank vertheidigte, ich für die wahren finanziellen Prinzipien und die finanzielle Redlichkeit eintrat. Die Diskussion geht nun zum Gegenstand über, der 4. Devisen auf die indirekten Steuern legt. Magne vertheidigt ihn in einer längeren Rede, ohne aber etwas Neues vorzubringen. Wolowski antwortet einige Worte, worauf dann zur Abstimmung geschritten wird. Der Antrag des Finanzministers wird mit 413 gegen 256 Stimmen verworfen. (Große Erregung.) — Gouin will nun das Wort ergreifen, um seinen Antrag Betreffs der Eisenbahnen zu entwickeln, aber Ventabon, der Berichterstatter im Dreißiger-Ausschuß (Antrag Casimir Perier's) bestreitet nun die Tribüne, um seinen Bericht auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Von allen Seiten wird der Vortrag verlangt. Dieser Bericht bespricht zuerst die Arbeiten der Versammlung und kommt dann auf die Anträge Casimir Perier und Lambert de Saint Croix, welche an die konstitutionelle Kommission verwiesen worden seien. Die Kommission habe hiernach das Gesetz vom 20. November (Verlängerung der Gewalten des Marschalls Mac Mahon) geprüft und gefunden, daß der Charakter desselben ein konstitutioneller sei. Die Gewalten des Marschalls seien deshalb in Zukunft unbefristet. Die Präsidentschaft sei nicht siebenjährig durch sich selbst, sondern die Gewalt des Präsidenten der Republik sei auf sieben Jahre dem Marschall Mac Mahon übergeben. Einige Mitglieder seien der Ansicht gewesen, daß der Waffenstillstand der Parteien sieben Jahre dauern müsse: die Gewalt des Marschalls sei eine Zwischenherrschaft zwischen der Republik oder der Monarchie. Nach der Ansicht der Anderen stehe die Gewalt des Marschalls über allen Parteien. Andere hielten die Regierung des Marschalls für eine ganz spezielle. Der Antrag Casimir Perier könne nicht zugelassen werden. Die Monarchisten könnten sie nicht in einer Weise binden, welche die Monarchie unmöglich mache. Es sei nicht nötig, den Antrag Perier's anzunehmen, damit das Staatsoberhaupt den Titel eines Präsidenten der Republik vorführe, damit die öffentlichen Handlungen im Namen der Republik vollzogen und die Geschäfte mit dem Auslande ebenfalls im Namen der Republik vollzogen und die Geschäfte mit dem Auslande ebenfalls im Namen der Republik abgemacht würden. Das Land würde der Versammlung Dank wissen, ihm die Freiheit seines Beschlusses bis zum Ende des transitorischen Regimes aufrechterhalten zu haben, das am 20. November gegründet worden sei. Diese Gründe hätten die Kommission bestimmt, den Antrag Perier zu verwerfen; sie habe ihm ein von ihr ausgearbeitetes Projekt zu unterstellen, damit die Versammlung kein vereinigendes Votum abzugeben brauche. Der Berichterstatter bespricht nun dieses Projekt, von dem er Kenntniß giebt. Es ist das nämliche, welches die „Klin. Blg.“ bereits vor 14 Tagen mittheilte. Der Vortrag des Berichts Ventabon's erregt nur geringes Aufsehen. Derselbe enthält nichts Neues, und die Gründe, die er angiebt und welche schon hundert Mal vorgebracht wurden, sind nicht haltbar und werfen keines der Argumente über den Haufen, daß Frankreich, wenn das Provisorium aufrecht erhalten wird, zu Grunde gehen muß und sich wieder in die Arme des Kaiserreichs werfen wird. Weniger stellt den Antrag, daß über den Entwurf diskutiert werde, was auch angenommen wird. — Schluß der Sitzung 5½ Uhr.

London, 15. Juli. Das Gedenkalbum, welches das hiesige Protestantentkomitee zur Ueberreichung an den deutschen Kaiser hat anfertigen lassen, ist vor einigen Tagen fertig geworden. Die Ueberreichung hat sich durch das längere Ausbleiben einer zur Aufnahme bestimmten Arbeit um Monate verzögert. Nun die Arbeit fertig ist, bedauert das Komitee indessen den Verzug ganz und gar nicht, denn die umfangreiche Abhandlung des Hrn. Potts in Cambridge welche etwa den dritten Theil des Buches einnimmt, ist zur vorzüglichsten Zufriedenheit ausgefallen. In anderer Beziehung hat der Verzug eine größere Störung der ursprünglichen Pläne des Komitee herbeigeführt. Es war beabsichtigt worden, eine Deputation von einflussreichen Männern nach Berlin zu entsenden, um das Album persönlich zu überreichen. Zur Zeit ist indessen der Kaiser abwesend, der Kronprinz und die Kronprinzessin sind nicht in Berlin, Fürst Bismarck ist krank in Kissingen. Und was die in Aussicht genommenen Mitglieder der Deputation betrifft, so geben ihnen die kirchlichen Vorlagen, welche sich in erster Stunde im Parlament zusammengebrängt haben, zu viel zu thun, als daß sie an Reisen denken können. Unter diesen Umständen hat das Komitee mit Bereitwilligkeit und Dank das Anerbieten des deutschen Botschafters, Grafen Münster, angenommen, das Album dem Kaiser zu übermitteln. Der Bote, welcher eigens mit dieser Mission betraut ist, ist ganz kürzlich nach Deutschland abgereist. Derselbe hat ein zweites gleiches Exemplar für den Fürsten Bismarck mitgenommen. Ein drittes ist für die deutsche Kronprinzessin bestimmt und soll der hohen Frau heute Abend bei einem Empfang in Prussia House, welchen der Botschafter dem Kronprinzen und der Kronprinzessin zu Ehren veranstaltet hat, überreicht werden. Mit der Ueberreichung sind Sir John Murray, Präsident der Protestant Association, und Vorsitzender beider Sympathiegesellschaften, und Dr. Badenoch, Ehrensekretär des genannten Vereins, betraut worden. Ein viertes und fünftes Exemplar sind für die Königin Victoria und den Prinzen von Wales bestimmt und sollen demnächst überreicht werden. Das Exemplar für die Kronprinzessin lag gestern zur Ansicht für Freunde des Komitee bei Hatchard's aus. Gleich den anderen ist es in weißem Sammet mit schwarz-weiß-rothen sowie goldenen Verzierungen gebunden. Papier und Druck sind einem Prachtexemplar völlig angemessen. Drei seidene Bänder, eins schwarz, das zweite weiß, das dritte roth, dienen als Buchzeichen (book markers). Der Inhalt hat bereits früher Besprechung gefunden. Im gleichen Format, auf dem nämlichen Papier und in demselben Druck, doch nicht gleich kostbar eingebunden, kommt eine beschränkte Anzahl Exemplare zum Preise von 2 Guineen das Stück, zum Verkauf. Eine kleinere Ausgabe, die nach Bedarf neue Auflagen durchmachen wird, soll 7½ Schilling kosten. Bei der Verbreitung der Sympathiegefühle, welche das Album zum Ausdruck bringt, läßt sich ein guter Absatz in Aussicht nehmen.

Seit Kurzem, seit dem Tode Concha's, regt sich hier in London wieder das vormalig eingeschlafene Carlismenkomitee, doch keineswegs in besonders hoffnungsvoller Weise. Nach längerem Umherwandern hat es sich ein Bureau gesichert, aber es fehlt ihm die wichtige Persönlichkeit eines Sekretärs. Bis jetzt hat sich noch Niemand zu dem Posten gefunden.

Sokales und Provinzielles.

Posen, 18. Juli.

— Der russische Staatsrath Jzdebeki, welcher, wie wir kürzlich mittheilten, auf seiner Durchreise zu dem in Genf zusammentretenden Postkongreß auch in unserer Stadt zwecks Kenntnismachung der hiesigen Posteinrichtungen weilte, scheint seinen Aufenthalt in Preußen auch zu einer panflavischen Propaganda benutzt zu haben. Dem „Diennit Boznanski“ geht nämlich aus Berlin, 14. Juli, eine bemerkenswerthe Korrespondenz zu, in welcher es u. A. wie folgt heißt:

Gestern, am 13. d. hatten wir während der Generalversammlung des polnisch-katholischen Vereins die unerbittliche Ueberrasschung, zwei Gäste aus weiter Ferne, den russischen Geheimrath Jzdebeki und den Kaufmann Roman Skorzewski aus Petersburg, in unserer Mitte zu sehen. Nachdem die auf der Tagesordnung stehenden Vereinsangelegenheiten erledigt waren, nahm der Geheimrath Jzdebeki das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er lobte die in der Versammlung herrschende musterhafte Ordnung, wünschte dem Verein eine weitere geistliche Entwicklung und empfahl schließlich der polnischen Jugend eine Verständigung mit den übrigen slavischen Stämmen, namentlich mit Rußland. Im weiteren Verlauf seiner Rede führte er aus, wie bei dem Streben der Zeit nach solidarischer Vereinigung der Völker ein und desselben Stammes Polen sein einzig mögliches Heil nur in der Vereinigung mit Rußland finden könne, und übergab nach gehaltenen Ansprache dem Vorsitzenden der Versammlung die Summe von 100 Silber-Rubeln als Geschenk für die Darlehnskasse des Vereins. Hierauf erhielt auf sein Ersuchen das Wort der Kaufmann Skorzewski, ein früherer Einwohner der Provinz Posen, der seit 6 Jahren in Petersburg ansässig ist. Er theilte in überaus brechenden Worten seine Wahrnehmungen über Rußland mit, in dem er alle Merkmale eines slavischen Stammes erblickt, weist auf den Unterschied des Verfahrens Rußlands mit den Polen im Königreich Polen und im eigentlichen Rußland hin, weist die Ursachen dieses Unterschiedes nach und schließt mit dem auf persönliche Erfahrung gegründeten Wunsche, daß die polnische Jugend bestrebt sein möge, sich Rußland möglichst zu nähern.

Eine Antwort auf diese Reden wurde, wie der „Diennit“-Korrespondent mittheilt, der vorgerückten Zeit wegen nicht erteilt.

— Wie man der „Germania“ von hier schreibt, wird für den Weihbischof Janiszewski nun doch die Gefängniszelle in Kozmin eingerichtet; wann aber seine Inhaftierung erfolgen wird, darüber sei noch nichts Sicheres mitzutheilen, alle darauf bezüglichen Gerüchte beruhen auf Vermuthungen.

r. In einer allgemein zugänglichen Sammlung, in welcher möglichst alle, auf das Großherzogthum Posen sich beziehenden Drucke vereinigt zu finden wären, steht es bis jetzt. Und doch würde dieselbe bei annähernder Vollständigkeit für die Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung unserer Provinz von höchstem Werthe sein. Der hiesige Magistrat will deshalb die städtische Bibliothek durch Beschaffung einer solchen, über das Leben eines Einzelnen hinaus geführten Sammlung zu vervollständigen versuchen. Einige Aussicht auf Erfolg kann dies Unternehmen indeß nur dann haben, wenn ihm allseits werthbähige Unterstützung, wenn ihm, vor Allem, die Hilfe der ganzen Provinz zu Theil wird. Der Magistrat wendet sich deshalb an alle Behörden und an alle Bewohner der Provinz, an alle ihre Freunde und Gönner mit der dringenden Bitte, sein provinzielles Unternehmen unterstützen und fördern zu wollen. Er bittet insbesondere, ihm alle Schriften über das Großherzogthum Posen, über seine Geschichte und Statistik, sein Recht und sein Verfehr, über die kirchlichen und konfessionellen Verhältnisse desselben, über sämtliche Kreise und Städte, über das Herzogthum Warschau und die südpreußischen Landestheile, kurz über Alles, was mit der Provinz in Zusammenhang steht, ohne Rücksicht auf den Gegenstand, ohne Rücksicht auf die Sprache, ohne Rücksicht auf den Standpunkt des Verfassers zu überlassen, oder zum Kaufe anzubieten oder nachzuweisen. Jede Schrift, die noch so unbedeutend ist, jede Rundmachung, die noch so werthlos erscheint, findet in einer Sammlung, wie die hier beabsichtigte ihre Stelle und ihre Bedeutung. Ueber die Geschenke, welche mit dem Namen des Gebers versehen werden, will der Magistrat öffentlich berichten, Rathschläge und Winke Sachverständiger aber jederzeit dankbar entgegennehmen.

E. Bromberg, 17. Juli. (Glückwünschadresse an Bismarck.) Der polnische Sprachunterricht in den Elementar-schulen. Nachdem, wie von der Pos. Z. bereits mitgetheilt, von hiesigen Privatpersonen eine Glückwünschadresse an den Fürsten Bismarck per Telegramm abgesandt worden ist, haben der Magistrat und Stadtverordneten in ihrer gestrigen Sitzung einen gleichem Beschluß gefaßt und folgendes Telegramm an den Reichskanzler nach Kissingen abgesandt:

„Ew. Durchlaucht wollen auch den unterzeichneten städtischen Behörden gestatten, ihre innige Theilnahme für die durch Gottes Gnade geschehene wunderbare Rettung aus Mrberhand auszudrücken und daran den herzlichen Wunsch knüpfen, daß Ew. Durchlaucht unschätzbare Leben dem Vaterlande noch lange erhalten bleiben möge. Bromberg, den 16. Juli 1874. Der Magistrat und die Stadtverordneten.“

In derselben Sitzung kam u. A. auch der Antrag des Magistrats zur Verabreichung des Unterricht in Polnischen in den städtischen Elementarschulen fortzufallen zu lassen und demgemäß in eine Abänderung einiger §§ der Schulstatuten zu willigen. Motivirt wurde dieser Antrag dadurch, daß von 1600 Kindern, welche die hiesigen Elementarschulen besuchen, nur 300 polnisch verstehen, dieser wenigen Kinder wegen nicht die ganzen Schulkinder zur Theilnahme an einem Unterrichte gezwungen werden können, der im Grunde genommen für diese ohne allen Nutzen wäre. Gegen diesen Antrag trat mit aller Entschiedenheit und in längerer Rede der Stadtverordnete v. Magdinski (Landtagsabgeordneter für Puf) auf. Aber so sehr er sich bemühte, die Versammlung von dem Nutzen der polnischen Sprache im Allgemeinen und in pädagogischer Hinsicht in den Schulen bei polnischen Kindern zu überzeugen, so gelang ihm dies doch nicht, denn bei der Abstimmung war es nur der einzige Stadtverordnete, der gegen den Magistrats-Antrag stimmte. Auch sein Antrag auf Einführung des obligatorischen polnischen Unterrichts fand keine Unterstützung. Bemerkten wir, daß bisher der Unterricht nur ein fakultativer war, und gar nicht oder von nur sehr wenigen Kindern frequentirt wurde.

Saisontheater.

Es ist uns eine angenehme Pflicht hier konstatiren zu können, daß die gestern Abend stattgehabte zweite Aufführung der schönen Helena an der Saisonbühne eine weitaus befriedigendere war, als die vor einigen Wochen an anderer Stelle besprochene. Gemessen an dem damals Gebotenen, weisen die Leistungen namentlich der Helena und des Paris (Frau Vorchert und Herr Bernhard), einen ganz bedeutenden Unterschied zu ihren Gunsten auf.

Schon während der letzten Operettenvorstellung (Fortunio's Pief) machten wir zu unserer angenehmen Ueberraschung die Bemerkung, daß das Organ der Frau Vorchert im Laufe der letzten Zeit offenbar gewonnen habe, daß die Sängerin auf dem besten Wege sei, ihre Stimme wieder zu bekommen. Die Helena von gestern Abend bestätigte die damals gemachte Wahrnehmung in erfreulichster Weise. Alle Register klangen weich und voll, die einzelnen Töne gaben selbst noch oberhalb des g" leicht und ohne alle Sprödigkeit der Intonation an; es that unserem musikalischen Herzen wohl, nach den Drangsalen jüngster Tage endlich einmal wieder wirklichen Gesang zu hören. Auch schien die Darstellerin, gleichwie ihr Partner, Herr Paris-Bernhard, in jeder anderen Beziehung besonders gut disponirt zu sein, so daß die Hauptnummer der ganzen Operette, Helena's Traum (II. Akt Scene und Duett) eine Wiedergabe fand, auf welche wir nach den bösen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit, offen gestanden, gar nicht mehr gerechnet hatten.

Von den Leistungen der übrigen Mitwirkenden haben wir, nur kurze Zeit im Theater anwesend, zu wenig gesehen, um hier irgend welches Urtheil abgeben zu können; von sachkundiger Seite wird indeß versichert, daß auch hier ein ähnlicher Aufschwung unverkennbar

gewesen sei. Namentlich werden uns der Menelaos des Herrn Klinkermann und der Calchas des Herrn Badewitz als sehr ergiebige Darstellungen bezeichnet. Kurz, es lag Fluß in der gestrigen Vorstellung, das Publikum folgte derselben daher mit Interesse und sichtlich großem Behagen, wodurch bewiesen wird, daß die Offensivkraft, nur einigermaßen leidlich aufgeführt, ihre alte Zugkraft auf das Publikum eines Sommertheaters noch immer nicht eingebüßt hat.

So wurde denn somit zum zweiten Male in dieser Saison der Beginn einer neuen Epoche des Aufschwungs für unsere Operette inaugurirt und wir hoffen, daß dieselbe diesmal von Dauer sein wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 17. Juli. (Schwurgericht. Prozeß wider Hugo Gersel und Genossen. Fortsetzung.) Bezüglich der einzelnen Summen ist speziell Folgendes zu bemerken:

1) Was die Belastung des Gersel'schen Contos mit einem Saldo von 9,500 Thlrn. anbelangt, so behauptet Feldmann, daß zu der Zeit, als Gersel das Gut Sietkerki in nothwendiger Substation erstanden hat, das Defizit bereits die Summe von 10,000 Thlrn. betragen habe. Gersel habe ihm nun gerathen, ein von dem Vorschußverein bei der königlichen Bank kontrahirtes Darlehen von 10,300 Thlrn. als bezahlt in die Bücher einzutragen, was er auch gethan habe. Um ein Aequivalent dafür zu gewinnen, mußte für den Angeklagten Gersel ein besonderes Conto angelegt werden.

2) Was die Belastung des Contos des Angeklagten Feldmann mit einem Saldo von 23,000 Thlrn. anlangt, so ist darüber Folgendes zu bemerken. Da Feldmann als Beamter des Vereins keine Geschäfte mit diesem abschließen durfte, so schob er seinen Vater Sidor Feldmann vor und eröffnete diesem ein Conto. Im Jahre 1872 trieb er die Spekulation mit den Börsenpapieren, wozu er die Mittel aus der Vereinskasse entnahm, in einem so großartigen Maßstabe, daß beispielsweise seine Einkäufe von Werthpapieren bei der hiesigen Provinzial-Wechselbank innerhalb eines halben Jahres 1,214,187 Thlr. betrugen. Gegen Ende des Jahres 1872 war das Conto des Feldmann beim Vorschußvereine mit einer Summe von 19,000 Thlrn. belastet.

3) Was die fehlenden Sollpassivenbestände im Betrage von 19,000 Thlr. anlangt, so sei hier nur bemerkt, daß bei der am Abend des 29. Oktober 1873 erfolgten Beschlagnahme der Kasse einschließlich der Briefmarken bloß circa 10 Thlr. in derselben gefunden wurden, während im Ganzen 19,000 Thlr. vorhanden sein sollten.

4) Was die angenommenen und nicht vorhandenen Depositen im Betrage von 8000 Thlr. anbelangt, so haben die Verhandlungen der Liquidatoren mit den Gläubigern, welche sich in Folge des erlassenen Aufrufs mit ihren Ansprüchen gemeldet haben, ergeben, daß im Ganzen 22 Personen gegen Empfang eines Depositenbuches baares Geld im Betrage von zusammen 7970 Thlr. in die Kasse eingezahlt haben.

5) Was die fehlenden Effekten und Wechsel im Betrage von 7500 Thlr. anlangt, so sei nur erwähnt, daß, nachdem die Liquidatoren die Geschäfte des Vereins in ihre Hände genommen haben, verschiedene Personen mit ihren Ansprüchen auf Rückgabe der von ihnen hinterlassenen Wechsel und Effekten aufgetreten sind, indem sie sich zur Rückgabe der empfangenen Vorschüsse erbieten.

6) Anlangend die rechtswidrig weiter verpfändeten Effekten im Betrage von 15,000 Thlr., so stellte sich bei Ueberrahme der Geschäfte des Vereins durch die Liquidatoren heraus, daß von der königlichen Bank gegen Eingabe von Wechseln und Verpfändung von Effekten und von der Ostdeutschen Bank zusammen 15,250 Thlr. geliehen waren, die von den Liquidatoren zurückgezahlt werden mußten, um die Effekten von der auf ihnen ruhenden Schuld zu befreien.

An diese gegen den Vorschußverein verübte Veruntreuung reihen sich folgende weitere Unterschlagungen:

1) gegen die Gläubiger im Konfurs des Kaufmanns Michaelis Urban von hier in Höhe von 2000 Thlr.; 2) gegen die Gläubiger im Konfurs des Kaufmanns Hermann Watsche in Höhe von 1381 Thlr.; 3) gegen den Gutsbesitzer Alfred Jaensch im Betrage von 1800 Thlr.

So lange Gersel Kassirer des Vorschußvereins war, führte derselbe nur eine Kasse, in welche seine eigenen Einnahmen und die Einnahmen des Vorschußvereins floßen. Wenn nun auch Gersel Alles, was er entnahm, sogleich buchen ließ, so war es den Liquidatoren und den Sachverständigen nichtbedenklicher nicht möglich, mit aller Genauigkeit die Summe der Unterschlagungen festzustellen, welche dem Gersel und die Summe der Unterschlagungen, welche dem Feldmann zur Last fällt.

Der Angeklagte Feldmann hat sowohl in der Voruntersuchung als auch in der heutigen Verhandlung ein ausführliches Geständniß seiner Schuld abgelegt und anerkannt, die vorbezeichneten Unterschlagungen begangen zu haben, welche im Ganzen nach seiner Angabe die Summe von 36,000 Thlr. betragen. In Wirklichkeit übersteigen jedoch die Unterschlagungen des Feldmann die Summe von 36,000 Thlr., was erklärlich ist, wenn man die Spekulation desselben mit den Börsenpapieren, die er in einem so großartigen Maßstabe getrieben, ins Auge faßt. Rechnet man zu dieser Summe die Verluste, Differenzen und den Werth der aus dem Depot entnommenen Effekten, so beläuft sich die Summe der dem Feldmann nachgewiesenen Veruntreuungen auf über 48,000 Thlr., so daß also, wenn man diese Summe von der Gesamtsumme des eigentlichen Defizits von 86,000 Thlr. in Abzug bringt, ein Rest von 32,000 Thlr. bleibt, deren Verbringung dem Gersel zur Last fällt.

Der Angeklagte Gersel, welcher sich nicht für schuldig erklärt, hat gleichwohl bei seiner gerichtlichen verantwortlichen Vernehmung angegeben, daß er bei der Gemeinschaftlichkeit der baaren Kasse bald auf kurze Zeit bald auf einige Tage kleinere und größere Summen bis zum Betrage von einigen tausend Thalern aus der Vereinskasse entnommen und für seine Privatweide verbraucht habe. In seinem früheren gerichtlichen Verhöre erweiterte er sein Geständniß und räumte ein, daß er 10,000 Thlr., zur Zeit seiner Verhaftung aber 20,000 Thlr. aus dieser Kasse entnommen habe. Zu seiner Entschuldigung führte er in der heutigen Verhandlung an, daß nicht bloß sein Mittergut Sietkerki für diese Summe eine genügende Sicherheit biete, sondern daß es ihm auch ein Leichtes gewesen wäre, mit Hilfe seines persönlichen Kredits die fehlende Summe zu beschaffen und dem Vorschußvereine zu erstatten, wenn er nicht durch seine unerwartete Verhaftung daran gehindert worden wäre. Die Summe der von Gersel aus der Kasse entnommenen Beträge ist nach der Berechnung der Liquidatoren und Sachverständigen auf 30,546 Thlr. zu veranschlagen. Die Durchsicht der Gersel'schen Handelsbücher hat auch ergeben, daß die Geldverlegungen des Gersel und mithin auch die von ihm verübten Unterschlagungen bis in das Jahr 1869 zurückreichen, denn schon von da ab zeigen sich schon einzelne Buchungen, welche darauf einen Schluß gestatten.

Wir gehen nunmehr zu dem zweiten Theile der Anlage über, welcher den betrüglichen Bankerott betrifft. Gersel ist als Inhaber der Firma Hugo Gersel in das Firmenregister des hiesigen königlichen Kreis-Gerichts eingetragen, daß er aber Kaufmann ist, ergibt sich daraus, daß er für eigene Rechnung im eigenen Namen gewerbetreibend Handelsgeschäfte betrieben hat. Dies beweist die Anlage durch Hervorhebung einzelner Punkte, welche wir hier übergehen.

Durch Beschluß des königlichen Kreis-Gerichts zu Posen vom 4. November 1873 ist von Amtswegen die Eröffnung des kaufmännischen Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Hugo Gersel beschlossen und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 29. Oktober festgesetzt worden. Die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Vorschußvereins wurde dadurch abgewendet, daß die Genossenschaft der zur Deckung des Defizits erforderlichen Betrag baar zur Vereinskasse zahlte. Abgesehen von einem gemeinschaftlichen Kasienbronnillon führte Gersel besondere Bücher für seine Geschäfte als Kaufmann, Gutsbesitzer und Konkursverwalter und besondere Bücher für die Geschäfte des Vorschußvereins. Die sämtlichen Bücher sind nach dem Gut-

achten des berechneten Bücherrevisors Hähnisch bankmäßig und der Form nach richtig geführt, nicht so dem Inhalte nach. Denn diese Bücher enthalten eine große Anzahl unrichtiger Buchungen, so daß es weder dem Hähnisch noch den übrigen Sachverständigen Eßlitz und Salomonson möglich gewesen war, die einzelnen unrichtigen Eintragungen, beziehungsweise die unterlassenen Buchungen speziell festzustellen. Man hat sich darauf beschränken müssen, die wesentlichen Fälle zu ergänzen. Bei Eintragung nicht stattgehabter oder bei unterlassener Eintragung stattgehabter Geschäftsvorfälle wurde von dem Angeklagten der doppelte Zweck verfolgt: 1) den Inhalt der Handelsbücher zu verwirren und die Revisionskommission, namentlich in Betreff der Verminderung des Sollpassivbestandes zu täuschen. 2) Gelder und Vermögensstücke des Vereines dem Gestel zur Verfügung zu stellen.

Tritt nun noch hinzu, daß nach der Erklärung des Tacpitz die einzelnen, von dem Vereine gezahlten Beiträge, welche den Verlust von 18,000 Thlr. an Differenzen bildeten, nicht gebucht wurden, so geht daraus zur Evidenz hervor, daß die Bücher des Vereines keine Uebersicht des Vermögensstandes des Vereines gewährten. Dasselbe ist auch mit den Gesellschaftern Büchern der Fall, was auch schon daraus hervorgeht, daß eine große Menge einzelner Geschäftsvorfälle, welche ausschließlich den Verein betrafen, in die Bücher des Gestel eingetragen und sogar sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Vereines in das reine Kassabuch des Gestel übernommen sind.

(Fortsetzung folgt.)

Staats- und Volkswirtschaft.

H. Quistorp. Herr Heinrich Quistorp sendet der „B.-u. H.-Ztg.“ folgende Erklärung mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu:

Unterm 25. Juni c. war ich so frei, die Herren Aktionäre der Westend-Gesellschaft, H. Quistorp u. Co., und der Vereins-Bank, H. Quistorp u. Co., zur Beilegung der durch die Errichtung einer Gesellschaft, die in erster Linie die Wahrung und Förderung der durch die Konfusion gefährdeten, gemeinsamen Interessen zum ausgesprochenen Ziele hat, ergeben einzuweisen. Dieser Aufforderung ist bereitwillig schon infolge gegeben worden, daß die Konstitution der neuen Gesellschaft, Westend-Berlin, Komm.-Ges. auf Aktien, Heinrich Quistorp in der für den 28. d. M. festgesetzten ersten Gen.-Vers. vor sich gehen wird. Ein Teil meiner alten Aktionäre hat sich indes seine Entschlüsseungen noch vorbehalten und da erachte ich es für meine Pflicht, die Betreffenden darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Konstitution der Ges. nicht mehr meine persönlichen Wünsche allein maßgebend sein können, vielmehr die zugestandenen Vorteile bei der Beilegung an der neuen Gesellschaft nur denjenigen zugänglich sein werden, welche sich den weiteren Bestimmungen des Aufsichtsrates, der die Interessen der neuen Aktionäre vertritt, fügen. Es ist fern von mir, durch diese Andeutungen irgend wie auf die freien Entscheidungen der Einzelnen einwirken zu wollen; doch bin ich es mir selbst schuldig, nachdem ich meine Dienste den Interessen meiner alten Aktionäre zur Disposition gestellt habe, ausdrücklich und öffentlich zu erklären, daß meine moralischen Verpflichtungen, mein ganzes Streben mit dem Tage der bevorstehenden Konstitution, alleiniges Eigentum meiner neuen Geschäftsbeilegung werden.

Zu den Quistorpschen Konkursen. Für die Aktionäre des deutschen Zentral-Bauvereins die Nachricht, daß der Subhastationstermin für das dem Bauverein gebührende, ehemals Gaudhau'sche Fabrikgrundstück in der Köpenickerstraße in Berlin am Dienstag stattgefunden hat und wurde dasselbe von dem Färbereibesitzer Cabanis für 78,000 Thlr. erworben, während bei dem Versuch eines freihändigen Verkaufs nur eine Offerte von 65,000 Thlr. zu erzielen war.

Neueste Kurse von Versicherungs-Aktien-Gesellschaften. Nach-M. K. 2385 G. Nach. Rückv. A. 570 G. Colonia K. 1880 G. Concordia (Köln) 670 G. Köln. Hagelver. A. 91 G. Deutsche Transp.-V. 158 G. Dresd. Allgem. do. 315 G. Düsseldorf. A. 351 G. Elberf. K. 810 G. Gladf. K. 395 G. Magdeb. Feuer. 849 G. Magdeb. Rückver. 180 G. Niederrh. Güter-Assec. 240 G. Rh.-Westf. Rückver. 67 G. Thüringia, B. G. zu Erfurt 122 B. Union, Allg. Deutsche 88 G.

Internationale Bank in Hamburg. In dem interessanten, neulich berechneten Prozeß Hermann Strack gegen die Internationale Bank ist gestern von dem Hamburger Handelsgericht ein die Bank verurteilendes Erkenntnis abgegeben worden, in welchem der Verwaltungsrath derselben verpflichtet wird, dem Kläger für das Jahr 1873 diejenige Dividende zu bezahlen, welche sich ergiebt, wenn zu dem Gewinn des Londoner Establishments die dem Verwaltungsrath in seiner Eigenschaft als ex-officio Direktoren zugekommene Pantieme hinzugerechnet wird.

Die Tabaksmannufaktur zu Straßburg. Die Straßburger Handelskammer hat in den letzten Tagen wieder eine Vorstellung bezüglich der kaiserlichen Tabaksmannufaktur an das Oberpräsidium von Elsaß-Vorbringen gerichtet. In dieser Eingabe wird Bezug darauf genommen, daß seit 18 Monaten, d. h. seit dem abnehmenden Bescheide des Reichskanzlers, auf die Steuererhöhrung (Dezember 1872) nichts mehr über den Stand der Angelegenheit verlautet hat, weshalb die eifriger Privatfabrikanten ihre Frage immer lauter erneuern, ob die Fortdauer der kaiserlichen Manufaktur im Plane oder ob dem jetzigen Zustande bereits ein Ziel gesetzt ist. Die Handelskammer bittet um Aufschluß, damit sie den drängenden Interessenten eine Antwort zu geben vermöge.

Oesterreichische Eisenbahnen. Die Regierung beabsichtigt, vom nächsten Jahr an staatliche Eisenbahnbetriebs-Kommissionen zu ernennen, deren Aufgabe es wäre, den Eisenbahnbetrieb der Privatbahnen zu überwachen und gegen obwaltende Uebelstände ex officio einzuschreiten. Die General-Inspektion für die österreichischen Eisenbahnen hat der Albrecht-Bahn für die ersten 9½ Meilen der noch im Baue befindlichen Strecke Stry-Stanislaw die provisorische Eröffnung des Verkehrs zum Behufe der Beschotterung und dergl. bewilligt. — Der Bau der Schlußstrecke der Schleifschon Gebirgsbahn (Dittersbach-Neurode-Glatz), welche bei Grulich an die österr. Nordwestbahn anschließt und dieser Bahn die erwünschte Verbindung mit Breschisch-Schlesien eröffnet wird, hat bereits an mehreren Stellen begonnen.

Italienische Nationalbank. Der oberste Rath der Italienischen Nationalbank hat einer der „Berl. Abf.-Ztg.“ ausgehenden Depesche zufolge die Dividende für das 1. Semester 1. Z. auf 50 Lire pro Aktie festgelegt.

London, 17. Juli. Ein Telegramm der „Times“ aus Philadelphia vom 16. d. theilt mit, daß nach dem offiziellen Bericht für den Monat Juli der Stand der Baumwollenernte sich gegen den Juni um 3 bis 13 pCt. gebessert hat und im Allgemeinen auch besser ist, als im Juli des Vorjahres.

Liverpool, 17. Juli. [Baumwollen-Bericht.]

	Gegenwärtige Woche.	Vorige Woche.
Wochenumsatz	64,000	75,000
desgl. von amerikanischer	33,000	35,000
desgl. für Spekulation	4,000	7,000
desgl. für Export	5,000	13,000
desgl. für wirtlichen Konsum	55,000	55,000
Wirtlicher Export	10,000	11,000
Import der Woche	70,000	71,000
Borrath	1,004,000	999,000
desgl. von amerikanischer	461,000	483,000
Schwimmend nach Großbritannien	442,000	471,000
desgl. von amerikanischer	54,000	55,000

Rumänische Eisenbahnen, Aktiengesellschaft. In das Gesellschaftsregister des königlichen Stadtgerichts zu Berlin ist am 13. Juli in Bezug auf diese Gesellschaft folgendes eingetragen: „Durch gemeinsamen Beschluß der Generalversammlung vom 29. Juni 1874 und des mit Vollmacht versehenen Aufsichtsrates, sowie des gemäßigten Ausschusses vom 10. Juli 1874 hat das Statut einen Zusatz § 4 erhalten, nach welchem der Vorstand ermächtigt worden, zum Zweck des Ausbaues und der Fertigstellung der rumänischen Eisenbahnen ein Ausleihen durch Ausgabe von hypothekarischen Obligationen bis zur Höhe von Nominal 20,400,000 Thlr. und in Höhe von Kapital und Zinsen fundirt auf das in Rumänien befindliche bewegliche und unbewegliche Vermögen der Gesellschaft unter spezieller Verpfändung des letzteren aufzunehmen und zwar mit Genehmigung der rumänischen Regierung in Betreff der Ausgabe der Obligationen in Rumänien.“ Von einer Begebung der Prioritäten ist nach dem „B. C.“ vor der Hand überhaupt nicht, am allerwenigsten aber von einem Appell an den Berliner Geldmarkt die Rede; vielmehr sind bereits durch die dem Unternehmen affiliierten Finanzkräfte derartige Einleitungen getroffen, die eine Deckung des Bedarfs ohne Inanspruchnahme des Marktes in sichere Aussicht stellen.

Türkisches Getreide-Ausfuhrverbot. Nachdem die türkische Regierung bereits im April d. J. ein für den Sandjak von Salonich gültiges Getreide-Ausfuhrverbot für die Dauer von drei Monaten, das ist bis nach Beendigung der neuen Ernte erlassen hatte, hat sich dieselbe, laut Berichten aus Konstantinopel, in Folge des in einem Theile des Vilajets von Salonich anhaltenden Mangels von Lebensmitteln nunmehr bestimmt gefunden, auch die Getreide-Ausfuhr aus dem Sandjak von Drama bis auf Weiteres zu untersagen.

Vermischtes.

Aus Halle a. S. erhalten wir folgende Zuschrift: Wir theilten kürzlich mit, daß am 25. bis 27. Juli in der alten Mufenstadt Halle „an der Saale kühlem Strande“ die Tonkünstler-Versammlung des allgemeinen Musikvereins stattfinden werde. Aus dem von dem Direktorium Prof. C. Kiedel, Justizrath Dr. Gille, Kommissionsrath C. F. Kahnt und Prof. Dr. A. Stern vorläufig festgestellten Programm theilen wir noch folgendes mit.

Erster Tag: 1. Sonntags, den 25. Juli, Nachm. 5 Uhr in der Marktkirche: Rheinberger, Orgelsonate; Seisriz, Gebet für Männerchor; G. Hebling, Violoncell-Quintette; Raff, geistliches Lied für Sopran solo; G. Berlioz, Requiem für Chor und Orchester.

Zweiter Tag: 2. Sonntags, den 26. Juli, Abends 7 Uhr im großen Saale des neuen Schützenhauses: Völz, Faust-Symphonie; Dietrich, Violinconcert; Gesangsduo; Raff, Pianoforte-Concert; Brahms Rinaldo, Cantate für Tenorsolo, Männerchor und Orchester.

Dritter Tag: 3. Montags, den 27. Juli, Vormittags halb 11 Uhr in dem eben genannten Saale: Concert für Kammermusik. — IV. Nachmittags 5 Uhr, geistliches Concert im Dome zu Merseburg: Werke von C. Müller-Hartung, Eccard, Engel, Piutti, Winterberger, Völz u.

Unter Mitwirkung der Korporationen: Leipziger Gewandhaus-Orchester, Hahnerscher Verein in Halle, Universitäts-Gesangverein Paulus und Niddel'scher Verein aus Leipzig, Singakademie in Halle, sowie u. A. folgender Solisten: Fräulein Marie Breidenstein, Concertsängerin aus Erfurt; Fräulein Anna Drechsel, Concertsängerin aus Düsseldorf; Frau Pauline Erdmannsdorfer, 1. kl. Kammer-virtuosin und Sopranistin aus Sondershausen; Herr Friedrich Grismacher, Kammervirtuos aus Dresden; Herr Leopold Grismacher, Kammermusiker aus Meiningen; Herr Organist Adolf Wald aus Wiesbaden; Herr Adolf Hankel, Kammervirtuos aus Dessau; Frau Harbitz, herzogliche Hofopernsängerin a. Dessau; Herr Carl Heß, Pianist aus Dresden; Herr Konradsmeier Rauterbach aus Dresden; Herr D. Reuble, Orgelvirtuos in Halle; Frau Anna Werder, Concertsängerin aus Leipzig; Herr Prof. Alexander Winterberger, Orgelvirtuos aus Weimar u.

Dirigenten: Herr Hofkapellmeister Alb. Dietrich aus Oldenburg; Herr Musikdirektor Hagler aus Halle, Herr Dr. S. Langer, Universitätsmusikdirektor aus Leipzig; Herr 1. kl. Musikdirektor Gustav Hebling aus Magdeburg; Herr Professor C. Kiedel aus Leipzig; Herr Hofkapellmeister Max Seisriz aus Stuttgart; Herr Musikdirektor Boregisch aus Halle.

Anmeldungen zur Mitwirkung werden vom Direktorium noch entgegen genommen und sind Wohnungsgesuche an den Vorsitzenden der betr. Kommission, Herrn L. Bethde (Firma Banquier S. F. Lehmann) in Halle, zu richten.

Ein alter Militär war zum Kammerdiener eines Erbprinzen ernannt und behielt in dieser Bisstellung sein frommes militärisches Wesen bei, was dem Erbprinzen jedoch nicht in seiner nächsten Umgebung zusagte. Der Erbprinz forderte daher den Hofmarschall auf, den Renegaten stellen zu instruieren, sich geschmeidiger zu benehmen und das: „Sehr wohl!“ und „zu befehlen!“ mit höflichen Phrasen zu vertauschen. Kurz darauf lebte der Erbprinz von einer Ausfahrt zurück und fragte den neuen Kammerdiener, ob inzwischen etwas passiert sei? — „Bapa war hier!“ sagte dieser in geschmeidiger neuer Redeweise. „Wohl benehmt!“ sagte entrüstet der Prinz, den Kammerdiener verwundert anblickend. „Nicht daß ich bemerkt hätte!“ entgegnete dieser in artiger Weife. Selbstverständlich erfuhr der Prinz den Hofmarschall, es mit dem neuen Kammerdiener nur beim Alten zu lassen.

Ein fürsichtiger Redacteur ist jedenfalls der Editor des „Wochenblatts für Limbach und Umgegend“. Derselbe schreibt in der Nummer vom 14. Juli: „Am Schlusse unseres Blattes geht uns von zuverläßiger Seite die Mittheilung zu, daß in Ruffingen auf eine hochgestellte, im Deutschen Reiche sehr einflußreiche Person ein Attentat verübt worden sei. Die Kugel soll durch das rechte Handgelenk gegangen sein. Näheres ist abzuwarten.“

Angekommene fremde vom 18. Juli.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Kaiserl. Beamter Camillo von Banca a. Ungarn, die Baumeister Frau Klein a. Schroda u. Frau. A. Kasten, Rechtsanwältin Kette a. Frankfurt, Frau Neumann u. Sohn a. Bromberg, die Kaufleute Dresler a. Würzburg, Forstmann a. Oldenburg, Halle a. Bamberg, Bag u. Joachim a. Berlin, Fabrikant Baensch a. Aachen, die Kaufleute Lobedan a. Bremen, Simmer a. Crefeld, Sternberg a. Hannover.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Markwald und Heine a. Berlin, Grode a. Leipzig, Winter a. Breslau, Fabrikant Keller a. Hamburg, Ingenieur Raskowski a. Danzig, Landwirth Adler a. Briesg, Buchhändler Frenkel a. Königsberg, Dr. phil. Wengel aus Marienwerder, die Kaufleute Müller a. Stettin u. Otto a. Cöln.

HOTEL DE BERLIN. Kreisgerichts-Rath Hartmann u. Frau a. Birnbaum, Hauptlehrer Greiter u. Sohn a. Gnesen, Student Kullak a. Potulice, Ingenieur Winckberg a. Breschen, Brennerei-Verwalter Eggert a. Tarnowo, die Kaufleute Winter a. Verburg u. Schults a. Berlin, Gutsbes. Kravczynski nebst Frau a. Zutroschin.

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Die Kaufleute Stepte aus Magdeburg u. Stahn a. Berlin, Gutsbes. v. Wojdagski a. Thorn, Bürger Smojczynski a. Bromberg, Kaufmann Joachimsthal a. Frankfurt a. M., Architekt Wendke a. Breslau, die Kaufleute Westheimer a. Frankfurt, Sklarek a. Smorawclaw, Schötheimer a. Düsseldorf.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Rentiere Garczynski, Rajewski u. Kaufmann Majerski a. Gnesen, Dr. Eichold a. Rogasen, Bürger Rostkowski a. Objeizje, die Kaufleute Jüngst a. Berlin u. Budner a. Bromberg.

SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Rittergutsbes. Hoffmeyer a. Plotnit, Cuno a. Schöden, Meißner nebst Frau a. Kiefz u. Hachel a. Sienna, die Gutsbes. Weith a. Rudzinowlo u. Bullrich a. Bistupitz,

die Kaufleute Rathfall a. Hamburg, Breslauer a. Breslau, Kamberg a. Berlin, Scholz a. Bremen, Kleinberg a. Magdeburg u. Meyer aus Danzig.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG'S. Die Kaufleute Prybylski aus Berlin und Schulte aus Magdeburg, Gensdarm Brucke a. Grabow, Rentier Klett a. Obornik, Eitner aus Neutomiscl, Kaufm. Hansen a. Wien, Geißler a. Warschau.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Brennereiverw. Raminiski a. Polen, die Kaufleute Jablonski und Spiedoch a. Gräg, Postf. Gladig a. Halle a. S., Bäckermeister Kestner a. Bromberg, Klempnermeister Volze a. Bal, die Ackerbauschüler Friedrichs und Zieslinski a. Babikowo.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Julius Wafner in Posen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Brüssel, 17. Juli. Ein pariser Telegramm der „Independance“ meldet, Fourtoun habe seine Demission eingereicht, die Mac Mahon weder angenommen noch abgelehnt habe. Der Bestimmungsgrund für Fourtoun wäre außer in der allgemeinen politischen Lage auch in den Differenzen mit dem Polizeipräsidenten Renault zu suchen.

Paris, 17. Juli. Die Abendblätter melden, Fourtoun habe sein Demissionsgesuch eingereicht. Er sei durch die abweichenden Ansichten über die Haltung, welche das Ministerium gegenüber der Beratung der konstitutionellen Vorlagen einzunehmen gedenke, dazu bestimmt worden. Anderen Gerüchten zufolge geriethen Fourtoun und die übrigen Minister über das Verhalten des Ministeriums gegenüber den Bonapartisten in Differenz. Dem Vernehmen nach lehnte Mac Mahon das Demissionsgesuch ab und sprach aus, er wolle vor dem Endergebnis der am Montag beginnenden Beratungen über die konstitutionellen Gesetzentwürfe sich über Veränderungen im Ministerium nicht entscheiden.

Versailles, 17. Juli. Die Nationalversammlung lehnte den Antrag auf Convertirung der Anleihe Morgan ab. Man beschloß, das Amendement Andres in Betracht zu ziehen, welches die Regierung ermächtigt, in das Budget für 1874 als außerordentliche Einnahme die 45 Millionen einzustellen, die von dem dem Staate durch die französische Bank eröffneten Kredite übrig bleiben. Das Amendement Radnisk, welches die Regierung behufs Defizitdeckung zu supplementärer Schatzbonsausgabe ermächtigt, wurde abgelehnt. In Folge der Inbetrachtung des Amendements Andres wurde die Abstimmung des Antrags Wolowski bis morgen vertagt. Die Nationalversammlung nahm sodann gegen eine Stimme die Vorlage über Verbesserung der Disziplinvertheiligung des Obersten Denfert gegen die Vorlage des Generals Chaband Latour an. Letzterer wies auf den rein defensiven Charakter der Vorlagen hin und hob hervor, daß er die friedlichen Absichten der Nachbarn der Franzosen nicht im Entferntesten bezweifle. Am Sitzungsschluß beantragte die Budgetkommission die Ablehnung des Andres'schen Amendements, weil die gedachten 45 Millionen bereits auf das Liquidationskonto berechnet seien. Fortsetzung der Finanzberatung findet morgen statt.

Madrid, 17. Juli. Dem „Imperial“ zufolge findet eine neue Aushebung von hunderttausend Mann im Alter von 23 bis 35 Jahren statt. Nachrichten zufolge hoben die Karlisten an der Küste von Biscaya 1600 Personen auf und beabsichtigen dieselben zu erschließen (!) sobald die Regierungstruppen angreifen.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 17. Juli, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Juli 25½, pr. August-September 25½, per September-Oktober 23½. Weizen pr. Juli 90. Roggen pr. Juli 57½, pr. September-Oktober 54½, pr. Oktober-November 54½. Rüböl pr. Juli 19½, pr. September-Oktober 19½, pr. Oktbr.-Novbr. 19½. Zink fest. — Wetter: Heiß.

Bremen, 17. Juli. Petroleum höher gehalten, Standard white loco 11 Mark Br.

Hamburg, 17. Juli, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen loco still, auf Termine weichend, Roggen loco fest, auf Termine niedriger. Weizen 128 pfd. pr. Juli 1000 Kilo netto 239 B., 237 G., pr. Juli-Aug. 1000 Kilo netto 235 B., 231 G., pr. Aug.-Sept. 1000 Kilo netto 233 B., 232 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 225½ B., 224½ G., pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 224 B., 223 G., Roggen pr. Juli 1000 Kilo netto 181 B., 179 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 175 B., 174 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 171 B., 170 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 167 B., 166 G., pr. Oktober-Novbr. 1000 Kilo netto 168 B., 165 G. Hafer fester. Gerste still. Rüböl flau, loco 59 B., pr. Oktober 200 Pfd. 58½. Spiritus matt, pr. Juli-August 57, pr. August-Septbr. 57½, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 58½. Kaffee besser; Umsatz 3000 Sack. Petroleum still, Standard white loco 10, 25 B., 10, 20 G., pr. Juli 10, 20 G., pr. August-Dezember 11, 10 G. — Wetter: Schön.

Wien, 17. Juli, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Brächtig. — Weizen weichend, hies. loco 9, fremder loco 8, 5, pr. Juli 7, 20, pr. November 7, 3½, pr. März 7, 1. Roggen weichend, fremder loco 6, 10, pr. Juli 5, 14, pr. November 5, 8, pr. März 5, 7½. Rüböl niedr., loco 10½, pr. Oktober 11½, pr. Mai 11½. Leinöl loco 11½.

Liverpool, 17. Juli, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht): Umsatz 10,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Matt.

Wadding Orleans 8½, middling amerikan. 8½, fair Dhollerah 5½, middling fair Dhollerah 4½, good middling Dhollerah 4½, middling Dhollerah 4½, fair Bengal 4½, fair Broad 5½, fair fair Domra 5½, good fair Domra 5½, fair Madras 5, fair Pernam 8½, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 8.

Orleans nicht unter good ordinary Nov.-Dezember-Versicherung (neue Ernte) 8½.

Amsterdam, 17. Juli, Nachmittags — 1 Uhr — Minuten. (Getreide-Markt.) Schlußbericht. Weizen pr. November 31. Roggen loco —, per Juli 20½, pr. Oktober 197, pr. März 197½. Raps pr. Herbst 371 fl. Rüböl loco 34, per Herbst 34½, pr. Mai 36½. Wetter: Schön.

Manchester, 17. Juli, Nachmittags. 12r Water Armitage 8½, 12r Water Taylor 10½. 20r Water Picholls 11½. 30r Water Giblow 12½. 30r Water Clayton 13½. 40r Mule Manoll 12½. 40r Medio Wilkinson 13½. 36r Warpcop Qualität Rowland 13½. 40r Double Weston 13½. 60r Double Weston 16½. Printers 10½, 11½, 8½ pfd. 117. Markt ruhig.

Antwerpen, 17. Juli, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreidemarkt.) Schlußbericht. Weizen matt, dänischer 33. — Roggen ruhig, Petersburg 20½. Hafer nachgehend, Petersburg —. Gerste ruhig, Odessa —.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes Type weiß, loco 26½ B. und B., pr. Juli 26½ Br. pr. August 26½ B., pr. September 27½ bez. 28 Br., pr. September-Dezember 29 Br., — bez. fest.

Paris, 17. Juli, Nachmittags. Produktenmarkt. Weizen matt, pr. Juli 33, 00, pr. Sept.-Oktober 29, 00. Weiz bek., pr. Juli 77, 25, pr. September-Dezember 64, 75, pr. November-Dezember 62, 25. — Rüböl weichend, pr. Juli 78, 15, August 78, 00, pr.

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Köstel) in Bosen.